

Überschriebene Erinnerungen. Der Holocaust und der Gulag zwischen universalistischen und nationalistischen Narrativen im Baltikum, in Polen und Russland nach 1989

Arnd Bauerkämper (Freie Universität Berlin)

baue@zedat.fu-berlin.de

Abstract. In den ostmitteleuropäischen Ländern sind die nationalsozialistischen und die kommunistischen Diktaturen nach 1989/90 in der Gedächtnispolitik als Varianten ‚totalitärer‘ Herrschaft vielfach gleichgesetzt worden. Während in diesen Staaten die Zusammenarbeit mit den nationalsozialistischen Besatzern im Zweiten Weltkrieg verdeckt oder sogar nachträglich legitimiert worden ist, haben die postsowjetischen und -sozialistischen Regierungen nationalistische Erinnerungsnarrative verbreitet. Dagegen hat die von Wladimir Putin bestimmte russische Gedächtnispolitik den Hitler-Stalin-Pakt und die damit einhergegangene Besetzung ostmitteleuropäischer Staaten als defensive Sicherheitsmaßnahmen gerechtfertigt. Demgegenüber herrscht in West- und Mitteleuropa eine Gedächtnispolitik vor, die der systematischen Ermordung der Juden seit den 1990er Jahren einen herausgehobenen Stellenwert zugewiesen hat. Der Beitrag konturiert diese Spannungen, die verhindern, dass sich in absehbarer Zeit eine gemeinsame europäische Erinnerungskultur herausbilden wird.

Overwritten Memory. The Holocaust and the Gulag between Universalistic and Nationalistic Narratives in the Baltic States, Poland, Belarus and Russia after 1989

In Central and Eastern Europe, the National Socialist and Communist dictatorships have often been equated as ‘totalitarian’ regimes memory politics from 1989-91 onwards. While the cooperation with the Nazi occupiers in the Second World War have been largely (though by no means universally) ignored or even glorified, many post-Soviet governments have endorsed and disseminated nationalist memory narratives. By contrast, Vladimir Putin has justified the Molotov-Ribbentrop Pact of 23 August 1939 and the ensuing occupation of East-Central European states as defensive security measures. As opposed to the post-Soviet and nationalist narratives, memory politics in Western and Central Europe (as well as in the United States) has highlighted the mass murder of the Jews since the 1990s. The article outlines these tensions, which prevent a common European culture of remembrance from emerging in the foreseeable future.

Keywords: Gedächtnispolitik, europäische Erinnerungskultur, Opferkonkurrenz, Totalitarismus | Memory politics, European memory culture, competition between victims, totalitarianism.

Seit der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) mit dem Beitritt von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn am 1. Mai 2004 sowie von Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 ist verstärkt über das Verhältnis zwischen den Erinnerungen an faschistische und kommunistische Diktaturen gestritten worden. In dieser Debatte hat Aleida Assmann drei Schichten eines europäischen Gedächtnisses identifiziert: Erinnerungen an den Holocaust, den Gulag und den Zweiten Weltkrieg. In dieser Hinsicht hatte schon die Transformation der Jahre von 1989 bis 1991 einen Gegensatz zwischen den west- und osteuropäischen Ländern einerseits und eine Kluft zwischen den letzteren Staaten andererseits herbeigeführt. In den ostmitteleuropäischen Ländern sind die nationalsozialistische und stalinistische (oder sogar allgemeiner die kommunistischen) Diktaturen nach 1989/90 in der Gedächtnispolitik als Varianten ‚totalitärer‘ Herrschaft vielfach gleichgesetzt worden. Außer der NS-Besatzungsherrschaft im Zweiten Weltkrieg hat die Abgrenzung von der sowjetischen Hegemonie und den kommunistischen Diktaturen während der darauffolgenden vier Jahrzehnte die Erinnerungskulturen nachhaltig geprägt. Demgegenüber ist vor allem in den baltischen Staaten, aber auch in Polen die Zusammenarbeit mit den nationalsozialistischen Besatzern im Zweiten Weltkrieg verdeckt oder sogar nachträglich legitimiert worden. Umgekehrt hat die von Wladimir Putin bestimmte Gedächtnispolitik Russlands den Hitler-Stalin-Pakt und die damit einhergegangene Besetzung ostmitteleuropäischer Staaten als defensive Sicherheitsmaßnahmen gerechtfertigt. Demgegenüber herrscht in West- und Mitteleuropa eine Gedächtnispolitik vor, die der systematischen Ermordung der Juden einen herausgehobenen Stellenwert zugewiesen hat.¹

Diese Spannungen und Gegensätze, werden im Folgenden konturiert und erklärt. Nach einem knappen Überblick über die zu Grunde liegenden Konzepte werden Grundzüge des Wandels von Erinnerungen nach den Systemtransformation der Jahre ab 1945 und von 1989 bis 1991 dargelegt. Ein weiterer Abschnitt befasst sich detailliert mit den Erinnerungen in Russland, Polen und in den baltischen Staaten. Der Beitrag schließt mit einem Fazit, in dem Perspektiven eines europäischen Gedächtnisses skizziert werden, das auf grenzüberschreitenden Austausch als Verfahren der Annäherung abhebt und das Konkurrenzverhältnis zwischen den Erinnerungen an den Holocaust und Gulag (als Chiffren für die Völkermorde unter nationalsozialistischer und stalinistischer Herrschaft während des Zweiten Weltkrieges) überwinden kann.

1 Vgl. A. Bauerkämper (2014): Auf dem Weg zu einer europäischen Erinnerungskultur? Der Nationalsozialismus, der Zweite Weltkrieg, der Holocaust und die stalinistischen Verbrechen im Gedächtnis der Europäer seit 1945, in: *Jahrbuch für Politik und Geschichte*, 5, S. 43-65.

1 Begriffe und Konzepte: „Erinnerungen“ und „Erinnerungskulturen“

Im Allgemeinen bezeichnet „Erinnerungskultur“ alle „denkbaren Formen der bewussten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse [...], seien sie ästhetischer, politischer oder kognitiver Natur“.² Während „Erfahrung“ als „a highly subjective representation of internal and external stimuli“ gefaßt werden kann, ist „Erinnerung“ ein „abstract recording and reordering of select experiences“.³ In ihren Erinnerungen konstruieren, formen und verformen individuelle Akteure Vergangenheit jeweils kontinuierlich, vor allem im Hinblick auf Bedürfnisse in der jeweiligen Gegenwart und Zukunftserwartungen. Davon können kollektive (gesellschaftliche) „Verständigungs-, Konstruktions- und Vergewärtigungsprozesse“ unterschieden werden, „die es kommunikations-, kultur- und medienhistorisch und [...] auch diskursanalytisch zu deuten gilt.“⁴ Dabei nehmen politische Ziele, Strategien und Interventionen einen wichtigen Stellenwert ein. „Gedächtnispolitik“ ist institutionell verfasst, und sie zielt auf die Aktualisierung ausgewählter Erinnerungen in Repräsentationen, Ritualen und Inszenierungen, welche jeweils die „Gegenwart als Transformationsstelle von Vergangenheit und Zukunft“ verpflichten.⁵

„Gedächtnispolitik“ wird von spezifischen (in der Regel einflussreichen) Akteuren initiiert und gesteuert. Sie prägen Erinnerungsregimes aus, die zwar keine rechtlichen Festlegungen beinhalten, jedoch Normen, Regeln und politischen Maßnahmen vorgeben. Diese verleihen der Gedächtnispolitik damit eine Stabilität und Verbindlichkeit, die sich in „institutional memories“ niederschlägt.⁶ Aber

2 C. Cornelißen (2003): Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven. *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 54, S. 548-563, hier 555. Vgl. auch C. Cornelißen/L. Klinkhammer/ W. Schwentker (2004): Nationale Erinnerungskulturen seit 1945 im Vergleich. In dies. (Hgg.), *Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945*, 2. Aufl., Frankfurt/Main, S. 9-27, hier 12-14.

3 R. N. Lebow (2006): The Memory of Politics in Postwar Europe. In: Ders./W. Kansteiner/C. Fugo (Hgg.), *The Politics of Memory in Postwar Europe*. London, S. 1-39, hier: 11.

4 U. Jureit (2021): Womit wir alle nicht fertig werden. Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust. In: M. Brechtken (Hg.), *Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium*, Göttingen, S. 171-190, hier: 174.

5 B. Dücker (2001): Ritual. In: N. Pethes/J. Ruchatz (Hgg.), *Gedächtnis und Erinnerung*, S. 502-03, hier 502. Vgl. auch A. Erll (2005): *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung*. Stuttgart 2005, S. 53-55, 81, 86 f.; A. Assmann (2007): *Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik*. Bonn, S. 30.

6 H. König (2010): Das Politische des Gedächtnisses. In: C. Gudehus/A. Eichenberg/H. Welzer (Hgg.), *Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart, S. 115-125, hier: 115, 120-123.

politische Vorgaben und Eingriffe bestimmen Erinnerungskulturen keineswegs uneingeschränkt. Wie besonders Studien zu den kommunistischen Diktaturen in Osteuropa gezeigt haben, konnten die Machthaber hier abweichende Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg nicht vollständig unterdrücken oder überformen. Aber auch in europäischen Staaten, die demokratisch regiert worden sind, ist jeweils eine offizielle Gedächtnispolitik auf ‚Gegenerinnerungen‘ getroffen, die in lokalen Räumen, in der Privatsphäre oder in oppositionellen Gruppen tradiert worden sind. Insgesamt kann in konzeptioneller Hinsicht deshalb nicht ein kohärentes Gedächtnis vorausgesetzt werden, auch nicht in Nationen; vielmehr ist jeweils ein „Mosaik distinkter [...] Erinnerungskulturen“ zu rekonstruieren.⁷

Erinnerungen sind aber nicht nur vielschichtig und prozesshaft, sondern auch umstritten. Sie werden von Akteuren in permanenten, oft asymmetrischen Auseinandersetzungen ausgehandelt. So ist von einem Prozess des Rememberns – einem „work of memory“ – auszugehen, der durch permanenten, oft asymmetrischen Austausch zwischen Akteuren gekennzeichnet ist.⁸ Diese „Konflikterinnerung“, „Erinnerungskonflikte“ und „Gedächtniskämpfe“⁹ haben in Europa besonders die Kriege, Gewalt und Massenverbrechen geprägt, von denen der Kontinent seit 1914 immer wieder erschüttert worden ist. Dabei hat sich die Diskussion über das Projekt einer „europäischen Erinnerungsgemeinschaft“ besonders auf die NS-Diktatur und die stalinistischen Regimes, ihre Massenverbrechen und den Zweiten Weltkrieg als einschneidende Wendepunkte konzentriert. Dieser Bezugs-

7 Zum Stellenwert von ‚Gegenerinnerungen‘: H. Altrichter (Hg., 2006): *GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozess Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas*. München; S. Troebst (2005): „Was für ein Teppich?“ Postkommunistische Erinnerungskulturen in Ost(mittel)europa. In: V. Knigge/U. Mählert (Hgg.), *Der Kommunismus im Museum. Formen der Auseinandersetzung in Deutschland und Ostmitteleuropa*. Köln, S. 31-54, hier 34. In den staatssozialistischen Diktaturen Osteuropas wurden nach dem Konzept des *Ketman* (Czeslaw Miłosz) nonkonforme Deutungen der Geschichte und Erinnerungen in privaten Räumen konserviert. Vgl. Lebow (2006): *Memory*, S. 10, 13-15.

8 A. Confino/P. Fritzsche (Hg., 2002): *The Work of Memory: New Directions for the Study of German Society and Culture*. Urbana.

9 P. Niedermüller (2004): Der Mythos der Gemeinschaft. Geschichte, Gedächtnis und Politik im heutigen Osteuropa. In: A. Corbea-Hoisie/R. Jaworski/M. Sommer (Hgg.), *Umbruch im östlichen Europa. Die nationale Wende und das kollektive Gedächtnis*. Innsbruck, S. 11-26, hier 17. Ähnlich: P. Burke (1991): Geschichte als soziales Gedächtnis. In: A. Assmann/D. Harth (Hgg.), *Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung*. Frankfurt/Main, S. 289-304, hier 298. Vgl. dazu auch das Konzept der „contested memories“ in A. Barahona de Brito (2001): Truth, Justice, Memory, and Democratization in the Southern Cone. In: Dies./C. G. Enríquez/P. A. Fernández (Hgg.), *The Politics of Memory. Transnational Justice in Democratizing Societies*. Oxford, S. 119-160, hier: 157.

rahmen liegt auch der folgenden Darstellung zu Grunde, die vor Ausbruch des andauernden Ukraine-Krieges abgeschlossen worden ist.¹⁰ Es ist indessen klar, dass die dominierenden Narrative der Propagandaschlacht in den Medien vielfach auf diese unterschiedlichen Arten des Erinnerens rekurren.¹¹

2 Erinnerungen in Europa in der Systemtransformation

Erinnerungen an den Nationalsozialismus, Holocaust und Zweiten Weltkrieg in Osteuropa sind nachhaltig von politischen, sozioökonomischen und kulturellen Umbrüchen geprägt worden. Hier waren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – in vielen Ländern nach einer Phase vorübergehender politischer Offenheit mit „antifaschistischen“ Koalitionsregierung – im einsetzenden Kalten Krieg kommunistische Diktaturen etabliert worden. Während sich die west- und mitteleuropäischen Staaten ab 1949 zum Verteidigungsbündnis der NATO und (beginnend mit dem Schuman-Plan vom 9. Mai 1950) zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammenschlossen, oktroyierte die UdSSR dem von ihr beherrschten Raum eine verteidigungs- und wirtschaftspolitische Koordination, die in die Bildung des – schwach gebliebenen – Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (1949) und des Warschauer Paktes (1955) mündeten. Der Systemantagonismus im Kalten Krieg war auch ein politischer „Kampf um die Erinnerung“ (*memory struggle*), am deutlichsten in Deutschland, wo die „antifaschistische“ Legitimation der SED-Führung auf das „antitotalitäre“ Selbstverständnis der Bundesrepublik prallte. Zugleich wirkte der Konflikt innerhalb der beiden Allianzsysteme homogenisierend, so dass die gedächtnispolitischen Gegensätze zwischen den beiden deutschen Staaten und ihren jeweiligen Bündnispartnern schon in den 1950er Jahren schrittweise zurücktraten. Die Prägung der Erinnerungskulturen durch die staatssozialistischen Diktaturen und die von ihnen durchgesetzte Repressi-

10 C. Leggewie (2011): *Der Kampf um die europäische Erinnerung. Ein Schlachtfeld wird besichtigt*, München, S. 15-40; A. Assmann (2013): *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention*. München, S. 74-75; S. Kattago (2012): *Memory and Representation in Contemporary Europe. The Persistence of the Past*. Farnham, S. 27, 43, 102 f. Dagegen: K.H. Jarausch (2010): Conclusion: Nightmares or Daydreams? A Postscript on the Europeanization of Memories. In: M. Pakier/B. Sträth (Hgg.), *A European Memory?* S. 309-320, bes. 314, 316. Zum Stellenwert von Zeitzeugen: A. Wieviorka (2006): *The Era of the Witness*. Ithaca, S. 96-149.

11 Dazu jetzt ausführlicher: A. Bauerkämper (2023): Putins Gedächtnispolitik als Waffe. Fälschungen und Verzerrungen der Geschichte im Krieg gegen die Ukraine. In: W. Benz (Hg.), *Die Ukraine. Kampf um Unabhängigkeit. Geschichte und Gegenwart*, Berlin, S. 379-396.

on – bis zur Deportation der Eliten durch die sowjetische Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager und -kolonien (GULag) – haben in Ost- und Westeuropa unterschiedliche Erinnerungen herbeigeführt. Diese „zeitgebundenen Deckerinnerungen“ sind in der historischen Forschung nachzuzeichnen und zu erklären.¹²

Der Zerfall dieser Regimes mündete vierzig Jahre später erneut in eine grundlegende Transformation der Erinnerungskulturen. Damit begann auch in Osteuropa eine offenere, reflektierendere und kontroversere Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges. Allerdings überlagerten national-heroische Mythen diese (selbst)kritische Auseinandersetzung, besonders deutlich im zerfallenden Jugoslawien in den 1990er Jahren, aber auch in den darauffolgenden Jahrzehnten in Staaten wie Ungarn, Serbien und Belarus. Dies betrifft auch die Vertreibung der deutschen Minderheit. Der Umbruch in Osteuropa hat geradezu zu einer Überhöhung der nationalen Vergangenheit geführt, die in Staaten wie Polen auch im Staatssozialismus die Erinnerungen stark beeinflusst hatten. In Jugoslawien wurden bis zu den 1960er Jahren die Helden des Partisanenkampfes verehrt, während die offizielle Gedächtnispolitik den Bürgerkrieg ausblendete. Erst in den 1970er Jahren traten die zivilen Opfer des Zweiten Weltkrieges – so Deportierte und Internierte – hinzu, auch weil hier nicht nur zentrale Vorgaben, sondern auch regionale und lokale Initiativen die Erinnerungskultur beeinflussten.¹³ In Ländern wie Ungarn, die sich in den 1980er Jahren gegenüber dem Westen geöffnet hatten, vollzog sich sogar eine Renationalisierung der Erinnerungskulturen. Andererseits ist die Bereitschaft zu einer selbstkritischen Reflexion gewachsen. Damit sind zuvor relativ abgeschlossene und vermeintlich stabile nationalheroische und apologetische Narrative aufgebrochen oder zumindest in Frage gestellt worden. So ist in einer interviewgestützten soziologischen Studie festgestellt worden, dass in den nicht nur in den Erinnerungskulturen der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs kosmopolitische Orientierungen zugenommen haben, sondern auch in Polen. Allerdings sind damit nationale Bezüge keineswegs einfach und vollständig aufgelöst worden. Vielmehr hat sich ein „reflexiver Partikularismus“ herausgebildet, mit dem Osteuropäer nationale und kosmopolitische oder sogar

12 Zitat in: V. Knigge (2010): Zur Zukunft der Erinnerung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 25-26, S. 10-16, hier 15. Vgl. auch J. Straub/C. Kölbl (2001): Deckerinnerung. In: N. Pethes / J. Ruchatz (Hgg.), *Gedächtnis*, S. 113. „Memory struggle“ nach: B. Niven, (2006). Introduction: German Victimhood at the Turn of the Millennium. In: Ders. (Hg.), *Germans as Victims. Remembering the Past in Contemporary Germany*. Houndmills, S. 1-25, hier: 21.

13 H. Karge (2010): *Steinerne Erinnerung – versteinerte Erinnerung? Kriegsgedenken in Jugoslawien (1947–1970)*. Wiesbaden.

universalistische Erinnerungsnarrative neu ausgehandelt haben. Trotz der weiterhin deutlichen Skepsis gegenüber einem vereinten Europa sind auf dem Kontinent zudem unterschiedliche Erinnerungen offenbar auch zusehends wechselseitig anerkannt worden.¹⁴ Dieser Prozess ist oft von grenzüberschreitenden „Gedächtnistransfers“ ausgegangen, zum Beispiel zwischen Deutschland und Polen. Dabei haben sich gelegentlich sogar bi- oder multilaterale Allianzen zwischen Trägern spezifischer Erinnerungsnarrative gebildet.¹⁵

Insgesamt werden der Nationalsozialismus, die Besatzungsherrschaft des „Dritten Reiches“ und der Holocaust in Europa in mehrfacher Hinsicht unterschiedlich erinnert. Zunächst weisen nationale Differenzen offenkundig eine beträchtliche Beharrungskraft auf.¹⁶ Außerdem ist ein deutlicher Gegensatz zwischen den westeuropäischen Ländern und den osteuropäischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) unübersehbar, in denen das Kriegsende nicht nur als Befreiung, sondern auch als Beginn einer neuen Phase der Okkupation und Repression erinnert wird. Die Kluft zwischen den europäischen Ländern ist besonders spektakulär in der Kontroverse über die Rede der früheren lettischen Außenministerin Sandra Kalniete zur Eröffnung der Leipziger Buchmesse am 24. März 2004 hervorgetreten. Die Politikerin hatte behauptet: „die beiden Totalitarismen – Nazismus und Kommunismus – waren gleichermaßen verbrecherisch“. Der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Salomon Korn, verließ daraufhin empört den Saal. Auch die maßgeblich von den neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten herbeigeführten Resolutionen des Europäischen Parlamentes (EP) zur Notwendigkeit der Verurteilung von Verbrechen totalitärer Regimes (Januar 2006) und zum Hungertod von Millionen Bauern in der Ukraine 1932/33 sind bis zur Gegenwart umstritten. So ist wiederholt diskutiert worden, inwiefern und wie die Repressions- und Vernichtungspolitik im Nationalsozialismus und

14 D. Levy/ M. Heinlein/L. Breuer (2011): Reflexive Particularism and Cosmopolitanization. The Reconfiguration of the National, in: *Global Networks*, 11 (2), S.139-159, bes. 139, 141, 144, 146, 150, 153. Vgl. auch A. Bauerkämper (2022): Wertewandel und umstrittenes Gedächtnis. Erinnerungskulturen im Vergleich. In: *Helden – Täter – Opfer. Biografien der Weltkriege. Wertungswandel und Rezeptionsgeschichte – Unterrichtsideen und Materialien*, hg. v. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Hannover, S. 15-21; A. Assmann/S. Conrad (2010): Introduction. In: Dies. (Hgg.), *Memory in a Global Age*, S. 1-16, hier 4-5, 9. Dagegen: Niven (2006): Introduction, S. 4, 19, 23.

15 Zitat in: T. Serrier (2009): „Gedächtnistransfer und kulturelle Aneignung. Der deutsch-polnische Erinnerungsraum 1945-200...“. In: K. Buchinger/C. Gantet/J. Vogel (Hg.): *Europäische Erinnerungsräume*. Frankfurt am Main, S. 154-163, hier 55. Übersicht in: C. Cornelißen (2020): *Europa im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M., 578 f.

16 Vgl. C. Cornelißen (2022): Zum Wandel der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989/91, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 72, 1-2, S. 48-54, hier: 50-52.

im Stalinismus miteinander verglichen werden kann. Außerdem ist stehen sich in der Auseinandersetzung über den Holodomor.¹⁷

Nach dem Ende des Kalten Krieges entstand aber innerhalb des zuvor von der Sowjetunion beherrschten Raumes eine weitere gedächtnispolitische Trennlinie. Im Konflikt zwischen Russland und den bis 1989 von der UdSSR abhängigen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas hat auf beiden Seiten eine selektive Erinnerungspolitik politischen Ansprüchen und Forderungen gedient. Dabei ist die russische Machtelite trotz der Kontinuität verschwörungstheoretischer Argumente gegenüber dem Westen aber nicht einfach zur Erinnerungspolitik der sowjetischen „Kader“ zurückgekehrt, sondern sie hat sich zumindest partiell an den transnationalen Bezugsrahmen des offiziellen Gedenkens angepasst. Das bis zu den Jahren um 2005 einflussreiche Ziel der russischen Regierung, eine nationalistische Gedächtnispolitik mit der Integration in eine europäische Erinnerungskultur zu verbinden, konterkarierte aber schon die neue hybride Staatsymbolik, die gleichermaßen vorrevolutionäre wie sowjetische Traditionsbezüge kennzeichnet. Die Führung in Belarus unter Aljaksandr Lukaschenka unterstützt diese politische Vorgabe, obwohl Befunde der Forschung darauf hindeuten, dass die sowjetische Herrschaft im kommunikativen Gedächtnis der Bevölkerung zumindest ambivalent konnotiert ist. Zugleich verbreiteten viele Regierungen der Länder, die sich in Ostmittel- und Südosteuropa aus der Vormundschaft der UdSSR befreit hatten, eine mitunter nationalistische Gedächtnispolitik. Initiativen west- und mitteleuropäischer Staaten, die seit den 1990er-Jahren auf die Hinwendung zu universalistischeren und selbstkritischeren Formen der Erinnerung gedrängt haben, sind aber auch an den innergesellschaftlichen und außenpolitischen Erinnerungskonflikten in Osteuropa abgeprallt. Zudem haben sich hier pluralistische politische Strukturen und Zivilgesellschaften nur schwach entwickelt.¹⁸

17 Zitat: *Der Tagesspiegel*, 1. April 2004 (<https://www.tagesspiegel.de/kultur/der-naechste-osten/504290.html> [20.03.2022]). Vgl. auch S. Kalniet (2009): Europa muss sich über die Bewertung der Totalitarismen in seiner Geschichte des 20. Jahrhunderts verständigen, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, S. 359-369.

18 S. Troebst (2012): Eckstein einer EU-Geschichtspolitik? Das Museumsprojekt „Haus der Europäischen Geschichte“ in Brüssel, in: *Deutschland Archiv*, 45, S. 746-752; B. Hofmann/K. Wezel (2010): Einleitung. Neue nationale und transnationale Perspektiven der Diktaturüberwindung in Europa. In: Dies. (Hgg.), *Diktaturüberwindung in Europa*, S. 1-18, hier 13 f.; K. Hammerstein (2011): Europa und seine bedrückende Erbschaft. Europäische Perspektiven auf die Aufarbeitung von Diktaturen. In: Assmann/Graf von Kalnein, S. 43-56, 43 f.; A. Bauerkämper (2021): Die Dominanz partikularer gegenüber universalistischen Narrativen. Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg in Südosteuropa im europäischen Kontext, in: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 61/1-2, S. 49-60; B. Schwellung (2010): Erinnerung als Medium der kulturellen Integration Europas? In:

3 Erinnerungen in Russland, Polen und in den baltischen Staaten

3.1 Russland

In der Sowjetunion hatten Stalin, Chruschtschow und Breschnew nach dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland die erzwungene Integration der osteuropäischen „Brudervölker“ in die UdSSR der Feststellung von Schuld und Verantwortung Verdächtiger oder der Rehabilitierung von Opfern der NS-Besatzungspolitik übergeordnet. Eine Diskussion über Verbrechen der sowjetischen Armee und Geheimdienste wurde rigoros unterdrückt. So verschwiegen die Moskauer Machthaber noch in den 1970er- und 1980er-Jahren beharrlich die Morde an den polnischen Offizieren in Katyń oder leugneten diese Verbrechen, obgleich z.B. 1959 der Vorsitzende des KGB, Aleksander Šelepın, die Zahl der Ermordeten nachträglich ermittelt hatte. Die Führung der UdSSR diffamierte Befunde der westlichen Geschichtsschreibung pauschal als Fortsetzung der NS-Agitation, die 1943 ihre Entdeckung der Gräberfelder für die antibolschewistische Kriegspropaganda genutzt hatte. Demgegenüber konstruierte der Nimbus des Sieges im „Volkskrieg“ einen gemeinsamen, heldenhaften Kampf von sowjetischen Partisanenverbänden und Roter Armee unter Führung der Kommunistischen Partei gegen die deutschen Okkupanten.¹⁹

Mit der Sakralisierung des Krieges und der Überhöhung des Sieges strebte die Führung der UdSSR außer der politischen Zwangsintegration auch an, die Opfer und Verluste im Zweiten Weltkrieg zu rechtfertigen, die bis zu den 1980er-Jahren heruntergespielt wurden. Dabei verschwiegen Politiker und Historiker

J. Wienand/C. Wienand (Hgg.), *Die kulturelle Integration Europas*. Wiesbaden, S. 212-234, hier 216, 229. Zur Konferenz in Stockholm: J. Kroh (2006): *Transnationale Erinnerung. Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen*. Frankfurt/M., S. 111-177. Knapp zusammenfassend: Cornelißen (2020): *Europa*, S. 579 f.

19 F. Peters (2016): *Revolution der Erinnerung. Der Zweite Weltkrieg in der Geschichtskultur des spätsozialistischen Polen*. Berlin, 212-273; T. Urban (2015): *Katyń 1940. Geschichte eines Verbrechens*. München, bes. S. 181-195; I. Gudkov (2005): Die Fesseln des Sieges. Russlands Identität aus der Erinnerung an den Krieg, in: *Osteuropa*, 4-6, S. 56-73, bes. S. 56, 60-62, 64; J. Höslér (2006): Perestroika und Historie. Zur Erosion des sowjetischen Geschichtsbildes. In: Altrichter (Hg.): *GegenErinnerung*, S. 1-25, hier: S. 17 f.; S. R. Arnold (1994): „Das Beispiel der Heldenstadt wird ewig die Herzen der Völker erfüllen!“ Gedanken zum sowjetischen Totenkult am Beispiel des Gedenkkomplexes in Volgograd. In: R. Koselleck/M. Jeismann (Hgg.), *Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne*. München, S. 351-374, hier: 364; I. Scherbakowa (2010): Ein glorifizierter Sieg. Der Zweite Weltkrieg im russischen Gedächtnis. In: Dies.; *Zerrissene Erinnerung. Der Umgang mit Stalinismus und Zweitem Weltkrieg im heutigen Russland*. Göttingen, S. 7-61, hier: 26, 30 f.

den Hitler-Stalin-Pakt und die daraus resultierende Aufteilung Polens 1939 im deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 ebenso wie die Fehleinschätzungen und -entscheidungen Stalins 1940/41, als der Diktator die Warnungen vor einem Angriff des „Dritten Reiches“ ignoriert oder sogar als böswillige Provokation gebrandmarkt hatte. Erst 1989 gestand Michail Gorbatschow, der 1985 zum neuen Generalsekretär der KPdSU gewählt worden war, die Authentizität des Hitler-Stalin-Paktes und des geheimen Zusatzprotokolls vom 23. August 1939 sowie des deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrages vom 28. September 1939 offiziell ein. Damit erkannte er die Mitverantwortung der UdSSR für die Aufteilung Polens und der baltischen Staaten an, wo Politiker in Übereinstimmung mit großen Bevölkerungsgruppen in den späten 1980er-Jahren den Austritt aus der Sowjetunion verlangten. Diese Forderung lehnte die russische Minderheit jedoch ab, so dass sich bereits die Konflikte abzeichneten, die 1990/91 in Estland, Lettland und Litauen eskalierten.²⁰

Gorbatschow, von dem eine Debatte über die sowjetische Vergangenheit zunächst als Belastung seiner Reformpolitik vermieden worden war, erklärte die Aufarbeitung „weißer Flecken“ in der Geschichte im Januar 1987 abrupt zu einer wichtigen Aufgabe. Dazu trugen in den darauffolgenden Monaten vor allem führende Vertreter der Literatur, des Films, Theaters und Journalismus bei, während die Geschichtsschreibung in der UdSSR in den späten 1980er-Jahren die „Nachhut der Perestroika“ bildete. Erstmals wurden nun öffentlich Probleme diskutiert, die (wie die Zusammenarbeit von Angehörigen der nichtrussischen Völker mit der deutschen Besatzungsmacht) zuvor allenfalls im oppositionellen Untergrund Aufmerksamkeit gefunden hatten. Diese kritische Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg war eingebettet in offene Debatten über den Bürgerkrieg (1918-1920), den Terror des Gulag und die 1937/38 geführten Schauprozesse. Auch die Zwangskollektivierung und die Repression der Bauern, die Hungersnot in der Ukraine 1932/33, und die Folgelasten der Lehre des Lyssenkoismus, die vor allem unter Stalins Diktatur erhebliche Einbrüche in der landwirtschaftlichen Produktion verursacht hatte, wurden nunmehr offen verurteilt. Die Kritik beschränkte sich schon 1988/89 nicht mehr auf den stalinistischen Terror, sondern sie erstreckte sich zusehends auch auf Lenins Diktatur, die Gorbatschow jedoch weiterhin rechtfertigte, um die Einparteienherrschaft der KPdSU zu bewahren.²¹

20 A. Rees (2010). Managing the History of the Past in the Former Communist States. In: Pakier/Sträth (Hgg.), *A European Memory?*, S. 219-232, hier: 220, 222; Höslers (2006): *Perestroika*, S. 6, 9, 13, 15, 24.

21 D. Geyer (1991): *Perestroika in der sowjetischen Geschichtswissenschaft*, in: *Geschichte und Gesellschaft. Journal of Social and Cultural History* 15, S. 9-31; Scherbakowa (2010): *Sieg*, S. 43.

Auch darüber hinaus blieb die Erinnerungspolitik des neuen Partei- und Staatschefs widersprüchlich. Einerseits führte Gorbatschow mit seiner Politik der *Glasnost* eine „intensive Entmythologisierung“ der offiziellen Gedächtnispolitik herbei.²² So konnten über den Kreis der KPdSU und ihrer Anhänger hinaus auch Dissidenten und einzelne ethnische Gruppen ihre Erinnerungen öffentlich verbreiten. Zudem wurden die Opfer der stalinistischen Justiz nach der Empfehlung einer Enquete-Kommission, die von dem einflussreichen Wissenschaftler, Diplomaten und Politbüro-Mitglied Alexander Jakowlew geleitet wurde, in den frühen 1990er-Jahren rehabilitiert. In Bezug auf den Zweiten Weltkrieg konzentrierte sich die neue Erinnerungspolitik besonders auf die Kritik an Stalin und den von der sowjetischen Führung angeordneten Verbrechen. Andererseits zielte Gorbatschow auch weiterhin auf eine Stärkung der Identifikation mit der Sowjetunion, so dass er am Erbe der Oktoberrevolution festhielt und den Mythos vom „Großen Vaterländischen Krieg“ prolongierte. So trieben die Behörden in Moskau die Fertigstellung des „Siegesparks“ voran, der schon von Chruschtschow geplant worden war und 1993 fertig gestellt wurde. Ergänzt durch eine dem Heiligen Georg geweihte orthodoxe Kirche, eine Moschee, eine Synagoge und ein Holocaust Museum präsentierte sich die Anlage zum 50. Jahrestag des Kriegsendes 1995 als Erinnerungsstätte des sowjetischen Sieges, den ein 141 Meter hohes Denkmal mit einem Abbild der Göttin Nike an der Spitze symbolisieren soll. Die Sakralisierung des Triumphes, der fünfzig Jahre zuvor unter enormen Opfern errungen worden war, trat nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Staates aber vorübergehend zurück, und die Erinnerungskultur war in Russland in den 1990er-Jahren gespalten. Während die kommunistische Diktatur nur noch gelegentlich offen verherrlicht wurde, rückte das nationalistische Narrativ vom „ewigen Russland“ in den Mittelpunkt der Gedächtnispolitik. So ließ die russische Regierung Gedenkstätten für die in Afghanistan und in Tschetschenien gefallenen Soldaten oftmals in der Nähe der Denkmäler errichten, die an die Opfer des Zweiten Weltkriegs erinnerten. Damit diente die Gedächtnispolitik letztlich der Legitimation neuer Kriege, wie sich nach der Machtübernahme durch Wladimir Putin (1999/2000) wiederholt zeigen sollte.²³

22 A. Langenohl (2005): Die Erinnerungsreflexion des Großen Vaterländischen Krieges in Russland zum fünfzigsten und sechzigsten Jahrestag des Sieges (1995 und 2005), S. 68-80, hier: 69, 74; Scherbakowa (2010): Sieg, S. 55; Höslér (2006): Perestroika, S. 12.

23 J. Scherrer (2004): Sowjetunion/Rußland. Siegermythos versus Vergangenheitsaufarbeitung. In: M. Flacke (Hg.), *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen*. Bd. 2. Mainz, S. 619-670, hier: 626-655; E. Makhotina (2011): Vergangenheitsdiskurse zur Sowjetzeit in Russland und Litauen. In: Assmann/von Kalnein (Hgg.), *Erinnerung und Gesellschaft*, S. 195-222.

Nach der Jahrtausendwende nahm der russische Präsident sogar die sowjetische Erinnerungspolitik partiell wieder auf, um seine autoritäre Herrschaft zu legitimieren. Dabei rückte der „Große Vaterländische Krieg“ erneut in den Mittelpunkt der Gedächtnispolitik. Der wirtschaftliche Kollaps Russlands und der Abstieg des Landes hatten in den späten 1990er-Jahren den Ruf nach einem starken Staat erneut Auftrieb verliehen, den Nationalisten und frühere Kommunisten gleichermaßen verherrlichten. In dieser Konstellation bemühte sich Putin, das von ihm vertretene nationalheroische Erinnerungsnarrativ zum Zweiten Weltkrieg zur Festigung seiner Herrschaft und zur Rechtfertigung der aggressiven Interventionspolitik gegenüber benachbarten Staaten zu funktionalisieren. Deshalb ließ er am 9. Mai 2000 im Rekurs auf sowjetische Traditionen erstmals wieder eine Militärparade auf dem Roten Platz inszenieren. Auch führte er die sowjetische Hymne wieder ein, wenngleich der Text geändert wurde.

Insgesamt rehabilitierte Putin schon bis 2009 partiell die Geschichte der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, auch wenn die Erinnerungspolitik gegenüber dem Stalinismus zunächst ambivalent blieb. So war der Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ angeblich nicht wegen des Diktators, sondern trotz seiner Fehler vom russischen Volk errungen worden. Damit wurde die überlieferte Gedächtnispolitik umcodiert. Auch nahm Putin bei den Feiern in Moskau 2005 durchaus internationale Gedenkpraktiken auf, die im vorangegangenen Jahr in der Zeremonie anlässlich des 50. Jahrestages der Invasion in der Normandie einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hatten. Zwar lehnten die Präsidenten Estlands und Litauens, Arnold Rüütel und Valdas Adamkus, im Gegensatz zu vielen Staatschefs westlicher Staaten im März 2005 die Einladung nach Moskau ab, um damit gegen die Ignoranz der russischen Regierung gegenüber der sowjetischen Okkupation ihrer Staaten 1940 und 1944 zu protestieren. Unbeirrt vom Protest der beiden Präsidenten trat Putin aber auch weiterhin für eine nationalrussische Gedächtnispolitik ein, so 2007 gegenüber Geschichtslehrern, die er aufforderte, ein positives Bild der Entwicklung Russlands, zunehmend aber auch der UdSSR zu vermitteln.²⁴

Seit 2008/9 ist diese zentralstaatliche und nationalheroische Gedächtnispolitik in der „gelenkten Demokratie“ verfestigt und politisch noch umfassender zur Machtsicherung gegenüber inneren und äußeren „Feinden“ instrumentalisiert

24 G. Michaleva (2010): Vergangenheitsbewältigung als Voraussetzung für die Modernisierung Russlands. In: W. S. Kissel/U. Liebert (Hgg.), *Perspektiven einer europäischen Erinnerungsgemeinschaft*, S. 47, 50; Z. Gasimov (2010): Russlands staatlicher Umgang mit der Stalinismus-Zeit, in: *Jahrbuch für Politik und Gesellschaft*, 1, S. 87-110, hier: 88 (Zitat), 90 f., 93, 103, 105; O. Figes (2022): *Eine Geschichte Russlands*. 3. Auflage, Stuttgart, S. 375-376.

worden. So gründete Putins kurzzeitiger Nachfolger (und nach der Verfassung noch notwendiger Ersatzmann), Dmitrij Medwedjew, im Mai 2009 eine „Kommission beim Präsidenten der Russischen Föderation zur Verhinderung von Versuchen der Geschichtsfälschung zum Nachteil der Interessen Russlands“. Dem Gremium, das von einem höheren Verwaltungsbeamten geleitet wurde, gehörten außer Politikern Vertreter des Innenministeriums, des Geheimdienstes und des Generalstabes an. Mit der Bildung der Kommission wurde die nationalheroische Gedächtnispolitik zum Zweiten Weltkrieg institutionell festgeschrieben, die auch in Studiengängen und Schulcurricula zur „patriotischen Geschichte“ verankert worden ist. Kritiker haben auch die unzureichende Auseinandersetzung mit der Gewaltpolitik Stalins auf die Beharrungskraft der autoritären politischen Kultur und ein „post-imperiales Syndrom“ zurückgeführt.²⁵

In einem Essay, der am 12. Juli 2021 auf der Website der russischen Regierung veröffentlicht wurde, bestritt Putin sogar offen die Existenz einer eigenständigen ukrainischen Nation. Auch die Souveränität des Landes und dessen Grenzen stellte der Präsident in Frage.²⁶ Eine selektive nationalistische Gedächtnispolitik hat auch den Kampf gegen „innere Feinde“ in Russland beeinflusst. So ist sie Erinnerungsarbeit der 1989 gegründeten Organisation „Memorial“, die sich der Aufarbeitung politischer Gewaltherrschaft, der Verteidigung der Menschenrechte und der Fürsorge für die Überlebenden des Gulag gewidmet hatte, besonders seit 2009 von den Behörden wiederholt eingeschränkt und unterbunden. Am 28. Dezember 2021 ordnete das Oberste Gericht Russlands schließlich die Auflösung der Vereinigung an. Diese aggressive Innen- und Außenpolitik mündete schließlich in den Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022.²⁷

Seit über zwei Jahrzehnten hatten sich die Erinnerungskonflikte mit den Nachbarstaaten Russlands zuvor verschärft. Vor allem die Erinnerungspolitik der

25 Michaleva (2010): Vergangenheitsbewältigung, S. 54.

26 W. Putin (2021): Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer, übers. von Andrea Huterer, in: *Osteuropa*, 7, S. 51-66.

27 Zitat in: I. Polianski (2009): Eisbrecher der Geschichte. „Heiße“, „kalte“ und „warme“ Erinnerung in der postsowjetischen Geschichtskultur. In: L. Karl/I Polianski (Hgg.), *Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland. Formen der Erinnerung*. Göttingen, S. 65-84, hier: 66. Vgl. auch W. Hedeler (2022): „Aushöhlung der verfassungsmäßigen Ordnung und Aufruf zum Sturz der Regierung“. Das drohende Ende der Menschenrechtsorganisation Memorial, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 70, 161-165; E. Fein (2009): Die Gesellschaft „Memorial“ und die postsowjetische Erinnerungskultur in Russland. In: Karl/Polianski (Hgg.), *Geschichtspolitik*, S. 165-186, hier: 177f., S. 181-183; Bauerkämper (2023): Putins Gedächtnispolitik als Waffe, S. 385-391; Figes (2022): *Geschichte*, S. 397-398.

Regierungen in den baltischen Ländern und in der Ukraine kennzeichnete die Rückbesinnung auf die nationale Unabhängigkeit von 1918 bis 1940 bzw. von 1917 bis 1922 ebenso wie das Gedenken der Opfer der sowjetischen Okkupation und stalinistischen Herrschaft. Dadurch wurden Proteste der jeweiligen russischen Minderheiten ausgelöst, sowohl in der Ukraine als auch in den baltischen Staaten. Während ukrainische Nationalisten um den Präsidenten Wiktor Juschtschenko (2005-2010) den Hungertod von 1932/33 als „Holodomor“ bezeichnet haben, traf dieser Begriff bei jüdischen Opferverbände auf Kritik, weil er eine Gleichsetzung mit dem Holocaust suggeriert. Der russische Präsident Dmitri Medwedew lehnte sogar eine Einladung zu einer Gedenkveranstaltung in Kiew im November 2008 rundweg ab. Die Ausrichtung der Gedenkpolitik auf eine „nationale Idee“ sollte schon in den letzten 15 Jahren vor dem Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022, als Putin von einem „Genozid“ von Ukrainern an Russen im Donbass sprach, den Vormachtanspruch der russischen Führung gegenüber der Regierung in Kiew gedenkpolitisch legitimieren. Dazu gehört außer der gegen die Ukraine gerichteten Inanspruchnahme des mittelalterlichen Kiewer Rus‘ eine Gedenkpolitik, die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg als nationalen Befreiungskampf (getragen u. a. von radikal nationalistischen Partisanengruppen wie der Ukrainischen Aufständischen Armee) scharf zurückwies. Dieses Narrativ ist aber auch innerhalb der Ukraine umstritten. Die Machthaber um Putin haben mit ihrer Überhöhung des Sieges der UdSSR im „Großen Vaterländischen Krieg“ nicht nur die Gräben zur Ukraine und weiteren Nachbarstaaten vertieft, sondern wiederholt auch Konflikte mit der EU verursacht. Alles in allem ist in Osteuropa der „Frieden der postsowjetischen Ära frostig kalt“ geblieben.²⁸

3.2 Polen

In Polen wurde die politische Auseinandersetzung mit den Kriegsverbrechen, der nationalsozialistischen Besatzung und Kollaboration gefiltert und überlagert durch die Erinnerungen an den Übergang zu autoritären Diktaturen ab 1926, die Errichtung kommunistischer Diktaturen in den späten 1940er- und frühen 1950-er Jahren, die Entstalinisierung von 1953/56 und den Zusammenbruch des Staatsso-

28 Zitat in: Scherbakowa (2010): Sieg, S. 55. Vgl. auch A. Kappeler (2022): *Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. 2. Auflage, München, S. 27-34, 179-181; C. Scheide (2008): Erinnerungsbrüche. Baltische Erfahrungen und Europas Gedächtnis, in: *Osteuropa*, 58 (6), S. 117-128, hier: 121-123, 126. Putins Behauptung eines „Genozids“ nach: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), Nr. 42 (19. Februar 2022), S. 2.

zialismus in den späten achtziger Jahren. Bereits während des Zweiten Weltkriegs hatte sich ein scharfer Konflikt zwischen den Kommunisten, die Ende 1944 im „Lubliner Komitee“ zusammengeschlossen worden waren, und der polnischen Exilregierung in London herausgebildet. Dabei verurteilten die polnischen Kommunisten die „Heimatarmee“ als „reaktionär“, da sie angeblich den Kampf gegen die deutschen Besatzer behindert hatte. Die bürgerlich-nationalistischen und die kommunistischen Gruppen und Parteien einte in der unmittelbaren Nachkriegszeit aber das Ziel, erneut den Stolz auf Polen zu wecken und die Erinnerungen an Ohnmacht, Demütigung und Niederlage im Zweiten Weltkrieg zu überwinden. Diese Gedächtnispolitik, die auf die Entstehung einer nationalen Erinnerungskultur zielte, belichtete schon vor der Durchsetzung einer offen kommunistischen Diktatur durch die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR) im Dezember 1948 unterschiedliche gesellschaftliche Interessen ebenso unter wie Konflikte. Zudem blendete sie sukzessive das Opfer und Leid der Juden aus, gegen die sich noch in der unmittelbaren Nachkriegszeit wiederholt Ausschreitungen richteten, die am 4. Juli 1946 in Kielce in einen Pogrom mündeten.²⁹

Mit der Stalinisierung Polens 1947/48 setzte darüber hinaus eine unkritische Glorifizierung der UdSSR ein. Die PZPR erkannte die sowjetische Hegemonie als übergeordneten Deutungs- und Erinnerungsrahmen vorbehaltlos an. In der Gedächtnispolitik schlug sich dies außer der Verherrlichung der Befreiung durch die Rote Armee nieder, indem die kommunistische Führung eine „heroische Leidensgeschichte“ verbreitete. Die Erinnerungspolitik der Warschauer Machthaber war aber inkonsistent. So widersprach das Motiv des polnischen Opfers dem Befund, dass in Auschwitz überwiegend Juden ermordet worden waren. Überhaupt tabuisierte die Gedächtnispolitik von 1949 bis 1956 den Holocaust ebenso wie in den anderen staatssozialistischen Ländern Osteuropas nahezu vollständig.³⁰ Demgegenüber bemühte sich das Regime, die nationalpolnische

29 L. Jockusch (2013): *Historiography in Transit. Survivor Historians and the Writing of Holocaust History in the late 1940s*, in: *The Leo Baeck Institute Year Book*, 58/1, S. 75-94; Peters (2016): *Revolution*, S. 339-343.

30 A. Polonsky/J. B. Michlic (Hgg., 2004): *The Neighbors Respond. The Controversy over the Jedwabne Massacre in Poland*. Princeton, S. 6, 38; F. Golczewski (2002): Der Jedwabne-Diskurs, S. 412-437, hier: 424 f. Vgl. auch W. Borodziej (2003): Abschied von der Martyrologie in Polen? In: Sabrow et al (Hgg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte*, S.288-305, hier: 290, 294 f.; B. Kosmala (2004): Polen. Lange Schatten der Erinnerung. Der Zweite Weltkrieg im kollektiven Gedächtnis. In: Flacke, *Mythen*, Bd. 2, 509-540, hier: 518-520; Peters (2016): *Revolution*, S. 343-362; K. Sauerland (2004): *Polen und Juden. Jedwabne und die Folgen*. Berlin, S. 145, 158. K. Sauerland (2010): Polen und Juden innerhalb der polnischen Erinnerungskultur. In: Kissel/

Erinnerungskultur für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Dies betraf den Kampf der „Heimatarmee“ (*Armia Krajowa*, AK) ebenso wie den Warschauer Aufstand von 1944. Bis 1956 ließ die Führung der Polnischen Arbeiterpartei bzw. (ab 1948) der PZPR ehemalige Angehörige der AK sogar verfolgen.³¹ Sogar den Ghetto-Aufstand vereinnahmten die polnischen Kommunisten als Kampf „für ein freies Volkspolen“ und die sowjetische Politik. Darüber hinaus bezichtigten sie Zionisten schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit des „Verrats“, besonders offen 1952/53.

In den sechziger Jahren verstärkte sich die Assimilationspolitik gegenüber den Juden, die ihrer Identität beraubt und auch zur Auswanderung gedrängt wurden. So propagierte der Vorsitzende des „Verbandes der Kämpfer für Freiheit und Demokratie“, Mieczysław Moczar, der 1964 zum Innenminister ernannt wurde, den Mythos eines gemeinsamen Kampfes und Leidens von Polen und Juden. Die antisemitischen Ressentiments wurden im März 1968 von der kommunistischen Führung gezielt ausgenutzt und gesteigert, nachdem Juden bereits in den vorangegangenen Jahren aus der Armee und der Ministerialverwaltung ausgeschlossen worden war.³² Die oppositionellen Bewegungen, die im darauffolgenden Jahrzehnt entstanden – besonders *Solidarność* – thematisierten erstmals offen den sowjetischen Überfall vom 17. September 1939, die Exekution polnischer kriegsgefangener Offiziere in Katyń und den Holocaust. Auch deuteten sie die Kollaboration einzelner Polen mit der nationalsozialistischen Besatzungsmacht im Zweiten Weltkrieg zumindest angedeutet.³³

Liebert (Hgg.): *Perspektiven*, 59-70, hier: 60 f.; B. Kosmala (2010): Der Aufstand im Warschauer Getto 1943 und der Warschauer Aufstand 1944 in der Geschichtspolitik der Volksrepublik Polen. Zwischen Umdeutung, Verschweigen und Erinnerung. In: M. Brumlik/K. Sauerland (Hgg.), *Umdeuten, verschweigen, erinnern*, S. 179-202, hier: 179-186.

31 Hierzu und zu folgenden: Z. Wóycicka (2005): Zur Internationalität der Gedenkkultur. Die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau im Spannungsfeld zwischen Ost und West 1954-78, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 45, S. 269-292, bes. 269 f., 272 f., 278 f., 283, 291 f.; J.-H. Lim (2010): Victimhood Nationalism in Contested Memories: National Mourning and Global Accountability. In: Assmann/Conrad (Hgg.), *Memory in a Global Age*, S.138-162, hier: 148; Peters (2016): *Revolution*, S. 275-289.

32 Hierzu und zum Folgenden: A. Bauerkämper (2022): Entschädigung und Erinnerungen. Das Beispiel der ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 70, S. 99-120, hier: 109-112; K. Ruchniewicz (2009): Das polnische Kriegstrauma Katyn. Zwischen Instrumentalisierung durch die Kommunisten und Heroisierung der nationalen Opfer durch Polen. In: K. von Lingon (Hg.), *Kriegserfahrung und nationale Identität in Europa*. Paderborn, S. 314-331, hier: 325, 330; Höslér (2006): Perestroika, S. 8; Peters (2016): *Revolution*, 362-371. Zum Umgang mit den Verbrechen der Sowjetunion auch: Kosmala (2010): Lange Schatten, S. 515 f.

33 Peters (2016): *Revolution*, 398-426.

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur avancierten die Zweite Polnische Republik der Zwischenkriegszeit und die nationale Widerstandsbewegung – besonders der AK – zu zentralen Referenzgrößen der Erinnerungspolitik. Das Narrativ nationalen Aufbegehrens und Martyriums lag letztlich auch der Gründung des Instituts für das Nationale Gedenken (*Instytut Pamięci Narodowej*) zu Grunde, das seit 2000 die Akten der politischen Polizei des staatssozialistischen Regimes archiviert und darüber hinaus beauftragt worden ist, Verfahren wegen nationalsozialistischer und kommunistischer Verbrechen einzuleiten. Das Institut, von dem die Überprüfung von Staatsbediensteten maßgeblich getragen worden ist, hat sich vor allen seit der Übernahme der Leitung durch den Historiker Janusz Kurtyka (2005-2010) wiederholt intensiv an erinnerungspolitischen Debatten beteiligt. So wurden von 2005 bis 2007 Dokumente des IPN genutzt, um Politiker zu beschuldigen, die gegen die Regierungskoalition der Mitte-Rechts-Parteien opponierten. Politische und gesellschaftliche Eliten haben aber ihre partikularen Erinnerungen nicht nur kanonisiert, um sie gegen innenpolitische Gegner in Polen zu richten. Erinnerungspolitik ist auch in den außenpolitischen Beziehungen genutzt worden, um Ziele und Interessen durchzusetzen. So argumentierte der polnische Ministerpräsident Jarosław Kaczyński auf dem Gipfeltreffen der EU-Staaten im Juni 2007, dass Polen in den Gremien der Union mehr Stimmen erhalten sollte, da sich die Einwohnerzahl des Landes auf 66 Millionen beliefe, wenn dem Vernichtungskrieg der Nationalsozialisten nicht Millionen von Polen zum Opfer gefallen wären. Dazu wurden stillschweigend – wie schon wiederholt zuvor – auch die jüdischen Opfer gerechnet.³⁴

Jedoch hat die politische und gesellschaftliche Debatte über die Kollaboration in Polen, wo die deutschen Besatzer ebenso wie in anderen osteuropäischen Staaten – so im Baltikum – von willigen Helfern unterstützt worden waren, die auf Selbstviktimisierung fixierte Erinnerung seit den neunziger Jahren aufge-

34 W. Borodziej (2010): The Politics of History in Poland since 1989, in: *Journal of Modern European History*, 8, 2, S. 158-163, hier: 160.

Sauerland (2010): Polen und Juden, S. 68; Borodziej (2010): Politics, S. 159. Das von Jan Gross im Mai 2000 in Polen veröffentlichte Buch erschien in englischer Übersetzung unter dem Titel „Neighbours. The story of annihilation of a small Jewish town“ (dt. Fassung: *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne*, München 2001). Vgl. S. Kogitz (2004): *Jedwabne. Kollektives Gedächtnis und tabuisierte Vergangenheit*. Berlin; W. Borodziej (2003): Abschied von der Martyrologie in Polen? In: Sabrow et al (Hgg., 2003): *Zeitgeschichte als Streitgeschichte*, S. 291-297; D. Dakowska (2009): Aufarbeitung „made in Poland“ und die Frage nach dem deutschen Standard – IPN und BStU im Vergleich. In: K. Hammerstein u. a. (Hgg.), *Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit*. Göttingen, S. 86-96, hier: 92.

brochen. Dabei sind besonders von der Kontroverse über den Judenmord in der polnischen Kleinstadt Jedwabne (wo die kommunistischen Funktionäre 1949 offenbar für einen Tag von der Nationalpolnischen Vereinigung entmachtet worden waren) wichtige Impulse ausgegangen. Hier hatten die Einwohner im Juli 1941 unter deutscher Besatzung rund 1.600 ihrer jüdischen Mitbürger willkürlich getötet. Dieser Befund des polnisch-amerikanischen Historikers Jan Gross, dessen Buch „Nachbarn“ die Debatte im Mai 2000 auslöste, hat in Polen zu heftigen politischen Auseinandersetzungen geführt, in denen die Parteien z. T. konträre Positionen vertreten haben. Auch das Ermittlungsverfahren, das im September 2002 vom IPN eröffnet wurde, und die (auf Blockade zielenden) Interventionen von Mitarbeitern dieser Behörde in die Diskussionen über den Umgang mit dem Massaker von Jedwabne sind umstritten geblieben. Insgesamt hat die Debatte über die Morde, die von der polnischen Geschichtsschreibung vernachlässigt worden waren, dem zuvor vorherrschenden Erinnerungsnarrativ des polnischen Martyriums zumindest teilweise den Boden entzogen, was auch in anderen Staaten wie Ungarn Diskussionen auslöste.³⁵ Jedoch ist das nationalpolnische Narrativ, das die eigene Mitverantwortung für den Massenmord an den Juden leugnete oder zumindest kleinschrieb, einflussreich geblieben. Dies hat die PiS-Regierung ab 2015 zu einer offenen gedächtnispolitischen Instrumentalisierung genutzt. Auch der polnische Präsident Andrzej Duda setzte im Februar 2018 eine kontrovers diskutierte Gesetzesnovelle durch. Nach ihr konnten Personen belangt werden, die „faktenwidrig die Verantwortung oder Mitverantwortung für Verbrechen, [...] die durch das ‚Dritte Reich‘ begangen wurden“, Polen zuwiesen. Dafür konnte eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren verhängt werden. Das Gesetz rief nationale und internationale Proteste hervor und zeigte, dass die jüngere Vergangenheit nach wie vor zu einem der meistumkämpften Felder polnischer Politik gehört. Im August 2021 unterzeichnete Duda schließlich ein Gesetz, das die Rückgabe von nach dem Krieg konfisziertem Eigentum regelt und viele Nachkommen von Holocaust-Opfern von Ansprüchen ausschließt. Es ist deshalb in Polen, aber auch in anderen Staaten – besonders in Israel und in den USA – auf scharfen Widerspruch getroffen. Die deutsche Regierung hat jüngst das Drängen der polnischen Regierung auf Reparationen in Höhe von 1,3 Bil-

35 Zitat in: Golczewski (2002): „Jedwabne-Diskurs“, S. 432. Hierzu und zum Folgenden auch: A. Polonsky/ J.B. Michlic (Hgg., 2004): *The Neighbors respond. The Controversy over the Jedwabne Massacre in Poland*. Princeton, S. 1, 30, 38, 39 (Angabe), 41 f., 121; Borodziej (2003): Abschied von der Martyrologie in Polen? In: Sabrow et al (Hgg.), S. 288-302, 298; ders. (2010): „Politics“, S. 161-163.

lionen Euro zurückgewiesen. Weniger umstritten zwischen den beiden Staaten ist demgegenüber die Forderung, geraubte Kunst nach Polen zurückzuführen.³⁶

3.3 Baltische Staaten

Lettland, Litauen und Estland waren im Sommer 1940 von der Sowjetunion annektiert worden (ohne dass die Westmächte dies offiziell anerkannt hatten) und vier Jahre später erneut von der Roten Armee erobert worden. Beide Angriffe lösten jeweils Deportationen in die UdSSR aus. Allein nach der Befreiung und Besetzung des Baltikums 1944/45 wurden rund 200.000 Menschen als „Kulaken“ oder (vermeintliche bzw. tatsächliche) Mitglieder der zunächst noch starken Widerstandsbewegung in die Sowjetunion verbracht. Die baltischen Republiken der UdSSR profitierten aber von beträchtlichen Investitionen. So beurteilten noch im Jahr 2000 nicht weniger als 52 Prozent der Letten, 56 Prozent der Litauer und 48 Prozent der Esten das sowjetische System grundsätzlich positiv. Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, dass seit den 1940er Jahren zehntausende Russen unkontrolliert oder geregelt in die baltischen Republiken gewandert waren. Demgegenüber stärkten diejenigen, die in westliche Staaten geflohen waren (darunter viele Deutschbalten in die Bundesrepublik), hier den Antikommunismus, der die Erinnerungskulturen zumindest bis zu den 1960er Jahren prägte.³⁷

In *Estland* sind starke nationalistische Rekurse unverkennbar. Sie haben sich auf einen weitreichenden politischen Konsens über die Opferrolle der Esten von 1940 bis 1990 gestützt. Exemplarisch findet sich dieses Erinnerungsnarrativ in Elmo Nüganens Film „1944“, der 2015 uraufgeführt wurde. Das Kriegsdrama stellt den Kampf von Esten auf der Seite der Sowjetunion gegen ihre Landsleute dar, die 1944 noch für die deutschen Besatzer fochten. Für beide Gruppen ist der militärische Einsatz letztlich ausweglos, denn eine nationale Unabhängigkeit bleibt von vornherein unerreichbar.³⁸ Schon unmittelbar nach der Unabhängigkeit am 20. August 1991 hatten estnische Politiker die „Waldbrüder“ (*metsavennad*)

36 FAZ, Nr. 289 / 11. Dezember 2021, S. 1; FAZ, Nr. 285 / 7. Dezember 2022, S. 8.

37 Angaben nach: É. Zubkova (2020): Das Baltikum als Teil der Sowjetunion. In: K. Brüggemann/R. Tuchenhagen (Hgg.), *Das Baltikum. Geschichte einer europäischen Region, Bd. 3: Die Staaten Estland, Lettland und Litauen*. Stuttgart, S. 463-497, hier: 471, U. Prehn (2020): Deutschbalten im Exil. In *ebd.*, S. 542-558. Dazu auch: D. Feest (2014): The Collectivization of Agriculture in the Baltic Republics, 1944-1953. In: A. Bauerkämper/C. Iordachi (Hgg.), *The Collectivization of Agriculture in Communist Eastern Europe. Comparison and Entanglements*. Budapest, S. 79-109, bes. 83-87.

38 H. Pääbo (2015): „1944“ vs. 9. Mai – Versöhnungsversuch statt energischer Verherrlichung: Estland gedenkt 2015 des Zweiten Weltkriegs, in: *Cultures of History Forum*, Jena: Imre-Kertész-Kolleg (DOI 10.25626/0117).

gefeiert, die nach der Befreiung und Besetzung des Landes durch die UdSSR 1944 bis 1949 gegen die Rote Armee und die von Stalin angeordnete Deportation gekämpft hatten. Die Gedächtnispolitik bezog zumindest zeitweise sogar Gruppen ein, die im Zweiten Weltkrieg die deutschen Besatzer unterstützt hatten. So ließ die Provinzialverwaltung in Lihula 2004 ein Denkmal für die Esten errichten, die sich der deutschen Wehrmacht oder der Waffen-SS angeschlossen hatten. Zwar wurde der Gedenkstein auf Anordnung des Ministerpräsidenten Juhan Parts wieder entfernt; dieser musste aber daraufhin zurücktreten.³⁹

Anfang 2007 führte auch ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz, mit dem das sowjetische Kriegerdenkmal des „Bronzesoldaten“ in Tallinn (Reval) versetzt wurde, zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen und zu einer diplomatischen Krise im Verhältnis zu Russland. Die Proteste wurden besonders von der russischen Jugendorganisation *Nočnoj Dozor* getragen. Aber auch viele Esten und Regierungen von EU-Staaten kritisierten die nationalistische Gedächtnispolitik des Ministerpräsidenten Andrus Ansip, der im Frühjahr 2007 die Wahl u. a. mit dem Versprechen gewonnen hatte, das sowjetische Ehrenmal aus dem Zentrum Tallinns auf einen Militärfriedhof am Stadtrand zu verlegen. Mit ihrem einseitigen Vorgehen löste die neue Regierung nicht nur einen „Krieg der Gedächtnisse und Denkmäler“ aus, sondern letztlich auch eine heftige Auseinandersetzung über den Umgang mit ethnischen Minderheiten, das Verhältnis zu Russland und die Beziehungen zur Europäischen Union. Zudem trieb die neue Regierung den Bau einer Siegestsäule zum Gedenken an den Unabhängigkeitskrieg (1918–1920) voran, die 2009 eingeweiht wurde. Alles in allem ist die Gedächtnispolitik auf den Widerstand der Esten und ihren Status als Opfer fixiert geblieben. Sie konzentriert sich weiterhin auf die verfeimte Fremdherrschaft durch die UdSSR, hinter der die Erinnerung an die deutsche Okkupation zurückgetreten ist. Dagegen konnten sich Bemühungen, die vielschichtige Beziehungsgeschichte zwischen Esten und Russen in die Erinnerungskultur zu integrieren, kaum durchsetzen. Ebenso ist der Stellenwert der Verfolgung von Esten im Gulag betont worden,

39 Hierzu und zum Folgenden: K. Brüggemann (2008): Denkmäler des Grolls. Estland und die Kriege des 20. Jahrhunderts, in: *Osteuropa*, 58, 6, S.129-146, bes. 129, 131, 133, 139, 143; ders. (2006): „Wir brauchen viele Geschichten“. Estland und seine Geschichte auf dem Weg nach Europa. In: Altrichter (Hg.), *GegenErinnerung*, S. 27-50, hier: 40 f.; K. Brüggemann (2010): Geteilte Geschichte als transnationales Schlachtfeld: Der estnische Denkmalstreit und das sowjetische Erbe in der Geschichtspolitik Russlands und der baltischen Staaten. In: Hofmann/Wezel (Hgg.), *Diktaturüberwindung*, S. 210-225, hier: 213, 215, 217 f, 219, 225.

während der Massenmord an den Juden und vor allem die Beteiligung einiger Esten am Holocaust – die später vor allem in der estnischen SS-Legion (1942) und der aus ihr hervorgegangenen 20. Waffen-Grenadier-Division organisiert waren – in der politischen und öffentlichen Diskussion nur wenig Beachtung gefunden hat.⁴⁰

Ähnlich waren mit dem offenen Protest gegen die sowjetische Vorherrschaft in den späten 1980er-Jahren in *Litauen* gleichermaßen ein Opferkult und eine Heroisierung des nationalen Befreiungskampfes einhergegangen. Nach der erneuten Angliederung an die UdSSR im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg hatte der Mythos des gemeinsamen Kampfes der Sowjetvölker im „Großen Vaterländischen Krieg“ zunächst auch in Litauen die Gedächtnispolitik beherrscht. Demgegenüber wurde der Holocaust vom kommunistischen Regime ebenso verschwiegen oder allenfalls beiläufig erwähnt wie im litauischen Exil, in dem Nationalisten die Juden des Bolschewismus verdächtigten. Erst nach der Erklärung der Unabhängigkeit (am 11. März 1990) gestand das Parlament in einer EntschlieÙung vom 8. Mai 1990 ein, dass auch Litauer Verbrechen an den Juden verübt hatten. Auch richtete die Jüdische Gemeinde Litauens in diesem Jahr ein Museum mit einer Ausstellung zum Holocaust ein. Jedoch ist die Erinnerungskultur seit den neunziger Jahren von einer Polarisierung zwischen Vorurteilen geprägt worden, die entweder auf die Kollaboration von Litauern mit den Nationalsozialisten abgehoben oder die Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht akzentuiert haben. Damit besteht auch die Opferkonkurrenz zwischen Litauern und Juden bis zur Gegenwart fort. Diese „vergleichende Martyrologie“, die mit dem Erinnerungsnarrativ des „doppelten Genozids“ (zunächst gegen die Litauer und anschließend gegen die Juden) einhergegangen ist, findet sich bis zur Gegenwart in der Presseberichterstattung. Demgegenüber ist in der litauischen Geschichtswissenschaft deutlich selbstkritischer als in der politischen und publizistischen Diskussion auf die Verantwortung der Exilorganisation „Litauische Aktionsfront“ (*Lietuvos Aktyvistų Frontas*, LAF) für den Holocaust hingewiesen worden. Der Verband, der am 17. November 1940 in Berlin gegründet worden war, hatte am 22. Juni 1941 zu einem Aufstand gegen die sowjetische Besatzung aufgerufen. In der Historiographie sind auch die lange verbreiteten antisemitische Stereotype –

40 Zitat in: K. Richter (2007): Der Holocaust in der litauischen Historiographie seit 1991, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 56 (3), S. 389-415, hier: 410. Vgl. auch K. Gestwa (2022): Putin, der Cliotherapeut. Überdosis an Geschichte und politische Erinnerungskonflikte in Osteuropa, in: *Neue Politische Literatur* 67, S. 15-53, hier 34 f.

so das Vorurteil einer „jüdisch-bolschewistischen Verschwörung“⁴¹ – eindeutig widerlegt worden.⁴²

Zugleich ist sie der Jahrtausendwende der Gegensatz zu Russland gewachsen. Noch in den späten 1980er-Jahren hatten die litauische und die russische Gedächtnispolitik deutliche Ähnlichkeiten aufgewiesen, vor allem hinsichtlich der kritischen Auseinandersetzung mit der Unterwerfung der Länder durch Stalin. Darüber hinaus wurden in Litauen die Jahre vom Hitler-Stalin-Pakt (1939) und der Besetzung des Landes durch die UdSSR (1940) bis zur Unabhängigkeit 1991 überwiegend als antisowjetisches Martyrium erinnert. So war der Zweite Weltkrieg nach dem offiziellen gedächtnispolitischen Narrativ erst 1993 beendet, als die letzten sowjetischen Truppen das Land verließen und Litauen die uneingeschränkte Souveränität erlangte. Das nationalistische Erinnerungsnarrativ in Litauen rekurriert dabei auf das Großherzogtum, das im 13. Jahrhundert den baltischen Raum beherrschte und sogar in der Verfassung des Landes als politisches Vermächtnis hervorgehoben wird. Auch darüber hinaus sind offizielle Erinnerungsnarrative in Gesetze gefasst worden, so im Hinblick auf das Verbot, nationalsozialistische und sowjetische Symbole in der Öffentlichkeit zu verwenden.⁴³

Obgleich sich Präsident Algirdas Brazauskas 1995 in der Knesset zur Mitverantwortung der Litauer für die Ermordung der Juden bekannte, ist in Litauen ein „heroisch-masochistisches Geschichtsverständnis“ noch weit verbreitet. Diese Verschränkung von Selbstviktimisierung und Widerstandsnarrativ hat sich gegen

41 Zitiert n. A. Bubnys (2008): Der Zweite Weltkrieg im litauischen historischen Gedächtnis. In: Z. Krasnodębski, u. a. (Hgg.), *Last der Geschichte? Kollektive Identität und Geschichte in Ostmitteleuropa. Belarus, Polen, Litauen, Ukraine*. Hamburg, S. 171-186, hier: 176. Vgl. auch Chr. Dieckmann (2011): *Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941-1944*, 2 Bände. Göttingen, und die Stellungnahmen von D. Katz auf: *Defending History* 17 (2025), Nr. 5863 URL: <https://defendinghistory.com/category/katz-dovid> [Zugriff 21.08.2025]

42 E. Makhotina (2017): *Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen. Litauen und der Zweite Weltkrieg*. Göttingen, S. 191-240; E. Aleksandravičius (2010): The Politics of Memory: Peculiarities of the Lithuanian Case, in: *Journal of Modern European History* 8, 2, S. 149-151; J. Tauber (2010): „Gespaltene Erinnerung“ – Litauen und der Umgang mit dem Holocaust nach dem Zweiten Weltkrieg. In Brumlik/Sauerland (Hg.), *Umdeuten*, S. 47-70; E. Makhotina, (2011): „Es ist unsere Pflicht, es nicht zu vergessen“: Zur Entwicklung der Holocaust-Gedenkkultur im sowjetischen und post-sowjetischen Litauen. *Themenportal Europäische Geschichte* (2011), URL: <http://www.europa.clio-online.de/2011/Article=517> [letzter Zugriff am 2. März 2022]; dies. (2011): Vergangenhheitsdiskurse, S. 196-199, 212-214, 217, 219, 221.

43 Hierzu und zum Folgenden: E.-C. Onken (2004): Wahrnehmung und Erinnerung: Der Zweite Weltkrieg in Lettland nach 1945. In: Flacke (Hg.), *Mythen*, Bd. 2, S. 671-692; U. von Hirschhausen (2006): Denkmal im multiethnischen Raum. Zum Umgang mit der Vergangenheit in der Gegenwart Lettlands. In: Altrichter (Hg.), *GegenErinnerung*, S. 51-65, hier: 56-64.

die sowjetische Gedächtnispolitik von der „Befreiung“ Litauens durch die Rote Armee gerichtet und die Kollaboration mit den deutschen Besatzern überlagert. Besonders der Holocaust nimmt in der nationalistischen Erinnerungsnarrativ nur einen untergeordneten Stellenwert ein. Dies zeigt beispielhaft ein Museum, das 1992 im Hauptgebäude des litauischen KGB eingerichtet und sechs Jahre später dem „Zentrum für die Erforschung des Genozids und des Widerstands“ unterstellt worden ist. Sogar in der Gedenkstätte Fort IX in Kaunas, wo im Zweiten Weltkrieg Tausende Juden erschossen worden waren, wird die Unterstützung der deutschen Okkupanten – auch beim Holocaust – weitgehend übergangen und demgegenüber der Terror der sowjetischen Besatzer hervorgehoben. Politiker und Medien haben die Autorin des Buches „Die Unsrigen“, in dem Rūta Vanagaitė auf die Mitverantwortung der litauischen Gesellschaft für den Massenmord für die Juden verwiesen hat, gelegentlich sogar als „russische Spionin“ denunziert.⁴⁴ Während die national-litauische Gedächtnispolitik die Pogrome gegen die Juden marginalisiert hat, ist von der russischen Minderheit und der Führung in Moskau die Kollaboration von Litauern mit der deutschen Besatzung seit den neunziger Jahren wiederholt verurteilt, aber auch polemisch überzeichnet worden. Im Gegensatz zur Mehrheit der Litauer hat diese national-kulturelle Minorität zudem den 9. Mai als Tag der Befreiung gefeiert. Die litauische und russische Erinnerungskultur verbindet aber eine ausgeprägte Kluft zwischen der Gedächtnispolitik und differenzierenden Interpretationen in der jeweiligen Geschichtswissenschaft, ebenso wie eine Tendenz zu populären historischen Darstellungen, die gelegentlich als *histo-tainment* bezeichnet worden ist.⁴⁵

In *Lettland* sind Denkmäler, Gedenktage, Ausstellungen seit der Unabhängigkeitserklärung vom 21. August 1991 zugunsten einer nationalen Gedächtnispolitik funktionalisiert worden, wie die Kontroversen um die Reiterstatue Peters des Großen, das Standbild russischen Feldmarschalls und Kriegsministers Michael Barclay de Tollys (1761–1818) – auch wegen überlieferter rassistischer

44 Dazu: <https://alles-ueber-litauen.de/litauen-buecher/unsrigen-ruta-vanagaite> [Zugriff am 3. Mai 2023]. Vgl. auch F. Ackermann (2016): Aktualisierte Gewalterfahrung: Litauens Geschichtspolitik und Russlands Ukrainekrieg, in: *Osteuropa*, 66, S. 111-128; F. Davies/E. Makhotina (2022): *Offene Wunden Osteuropas. Reisen zu Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs*. Darmstadt, S. 179-191; Chr. Dieckmann (2011): *Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944*. Göttingen; E. Makhotina (2017): *Erinnerungen an den Krieg – Krieg der Erinnerungen. Litauen und der Zweite Weltkrieg*. Göttingen; dies.: *Das Neunte Fort in Kaunas. Litauen zwischen Gulag- und Holocausterinnerung*. URL: <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/13465> [Zugriff am 1. Mai 2023].

45 Langenohl (2005): „Erinnerungsreflexion“, S. 76.

Äußerungen – und das Denkmal des zaristischen Generalgouverneurs der Ostseeprovinzen Filippo Paulucci (1771–1849) gezeigt haben. In diesen Auseinandersetzungen sind Erinnerungen der russischsprachigen Minderheit weitgehend zugunsten einer national-lettischen Gedächtnispolitik verdrängt worden, die auf die Kontinuität von russischer und sowjetischer Okkupation einerseits und die Unabhängigkeit des Landes von 1918 bis 1940 andererseits abgehoben hat. Zugleich sind grenzüberschreitende Beziehungen, auf welche die Denkmäler verweisen, oft überdeckt worden. Das öffentliche Gedenken war vielmehr von einer nationalen Selbstviktimisierung geprägt. So erinnerten Präsident Guntis Ulmanis und lettische Spitzenpolitiker wie Sandra Kalniete, die in einem 2001 veröffentlichten Buch die Geschichte ihrer Familie schilderte, vorrangig an die Massaker, Deportationen und Repressionen, die sowjetische Behörden im Zweiten Weltkrieg und nach dem Ende der Kämpfe begangen hatten. Dies war wegen der hohen Opferzahlen grundsätzlich berechtigt, blendete aber die Kollaboration von Letten unter nationalsozialistischer und sowjetischer Besatzung aus. Der nationalheroischen Gedächtnispolitik, die auf eigene Opferschaft abhebt, widerspricht besonders die Unterstützung der NS-Besatzungspolitik durch Letten und ihre Mittäterschaft bei der Ermordung der Juden. Diese Beteiligung ist deshalb lange weitgehend aus der öffentlichen Erinnerungskultur ausgeblendet worden. Auch Kalniete erwähnte die Kollaboration in ihrer Rede in Leipzig 2004 nur beiläufig. Demgegenüber hat die russische Regierung der politischen Führung des Landes vorgeworfen, frühere „SS-Legionäre“ zu schützen und aufzuwerten. Tatsächlich wurde beispielsweise im November 2000 auf dem Friedhof von Lestene ein Denkmal eingeweiht, das die Gefallenen lettischer Verbände der Waffen-SS ehrte. Nationalisten haben sie – auch durch hinzugefügte Texte und Symbole – für den Kampf der Letten um Unabhängigkeit vereinnahmt. Die Motive dieser getöteten Soldaten sind aber kaum bekannt; in jedem Fall sollten sie kritisch in den historischen Kontext eingeordnet werden.⁴⁶

Gedrängt von anderen Mitgliedsstaaten der NATO und der Europäischen Union (denen Lettland seit 2004 angehört), setzte die Regierung aber schließlich eine Kommission zur Erforschung des Holocaust ein, deren Mitglieder auch zahlreiche inzwischen veröffentlichte Arbeiten zur Lokalgeschichte des Völkermordes an den Juden ausgewertet haben. Letztlich ist die lettische Geschichtspolitik,

46 Vgl. S. Kalniete (2005): *Mit Ballschuhen im sibirischen Schnee. Die Geschichte meiner Familie*. München (Originalausgabe 2001). Dazu: B. Barth (2007): Staatlicher Terror, kollektive Erinnerung und Geschichtspolitik – Sandra Kalnietes „Mit Ballschuhen im sibirischen Schnee“, in: *Neue Politische Literatur* 52, S. 25-36.

die eigene Verbrechen und andere Opfer weitgehend ausgeblendet hat, jedoch überaus selektiv geblieben. Sie prägt weiterhin eine Dichotomie, die den scharfen Dualismus des offiziellen Gedächtnisses unter der sowjetischen Fremdherrschaft oft unter umgekehrtem Vorzeichen fortschreibt.⁴⁷

4 Fazit: Perspektiven grenzüberschreitender Erinnerungen in Europa

Alles in allem stehen sich im erweiterten Europa Erinnerungen gegenüber, die der Gegensatz zwischen den Opfern des Nationalsozialismus und des Stalinismus voneinander trennt. Aber auch über die frühere Grenzlinie des Kalten Krieges hinaus trennt in Europa eine Kluft zwischen Russland und den bis 1989–91 von der Sowjetunion beherrschten Staaten unterschiedlich und teilweise gegensätzliche Erinnerungskulturen voneinander. Die russische Gedächtnispolitik ist weiterhin und mehr denn je seit 1991 vom „affirmativen Selbstbild einer imperialen Nation“⁴⁸ gekennzeichnet. Demgegenüber haben Bürger der ostmitteleuropäischen Staaten, welche die UdSSR ihrer Hegemonie unterworfen hatte, seit 1990 nachdrücklich an die Repression unter sowjetischer Okkupation als „heißes Gedächtnis“ erinnert. In diesem Kampf um die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen ist vor allem von vielen (aber keinesfalls allen) Balten und Polen ihre Beteiligung an der Ermordung der Juden ausgeblendet worden.⁴⁹

Jedoch waren unterschiedliche Erinnerungsschichten sowohl in den einzelnen europäischen Staaten und Gesellschaften als auch zwischen ihnen keineswegs vollständig voneinander getrennt. Vielmehr hatte schon in den 1950er-Jahren ein partieller grenzüberschreitender Austausch eingesetzt. Dieser Prozess hat ein transnationales Beziehungsgeflecht konstituiert, das von bloßer wechselseitiger Wahrnehmung bis zur Übertragung und zum gegenseitigen Lernen reicht. Auch grenzüberschreitend haben sich Erinnerungen von Europäern aufeinander bezogen. Insgesamt kann deshalb von mehrfach überschriebenen Erinnerungen

47 Hierzu und zum folgenden: A. Portnov (2010): Post-Soviet Ukraine Dealing with its Controversial Past, in: *Journal of Modern European History*, 8 (2), S. 152-155; Rees (2010): *Managing History*, S. 227-229.

48 Rees (2010), S. 224-226.

49 Zitat in: C.S. Maier (2001/2002): Heißes und kaltes Gedächtnis. Zur politischen Halbwertzeit des faschistischen und kommunistischen Gedächtnisses, in: *Transit. Europäische Revue*, 22, S. 153-165, hier: 157-158, 161, 164-165. Vgl. auch K. Brüggemann (2006): „Wir brauchen viele Geschichten“. Estland und seine Geschichte auf dem Weg nach Europa? In: Altrichter (Hg.), *GegenErinnerung*, S. 27-50, hier: 44.

ausgegangen werden, die wegen der doppelten, aber unterschiedlichen Prägung durch Diktatur, Besatzungsherrschaft und Repression besonders in Ost- und Südosteuropa einem Palimpsest gleichen.⁵⁰

Deshalb ist ein einheitliches ‚europäisches Gedächtnis‘, das auf eine inhaltlich einheitliche Erinnerung zielt, auch im Integrationsprozess der EU weder unabdingbar noch unbedingt förderlich. Vielmehr kann das Ziel einer Uniformierung politisch zur Identitätsbildung durch Institutionen der Union funktionalisiert werden, die damit ungewollt Abwehr auslöst und nationalistischen Narrativen Auftrieb verleiht. Jedoch sollte die Konkurrenz zwischen den Erinnerungen an den Holocaust und den Gulag in Europa überwunden werden. Dazu ist zumindest für die wissenschaftliche Auseinandersetzung Michael Rothbergs Konzept der „multidirektionalen Erinnerung“ nützlich, das die grenzüberschreitenden Interaktionen und Wechselbezüge zwischen unterschiedlichen Erinnerungen akzentuiert. Es faßt das kollektive Gedächtnis als „partially disengaged from exclusive versions of cultural identity and acknowledges how remembrance both cuts across and binds together diverse spatial, temporal, and cultural sites.“⁵¹ An die Stelle von Erinnerungen, die sich gegenseitig ausschließen, tritt damit eine dialogische Interaktion, die Konkurrenzen zwischen Opfern auflöst und das Erinnern an sie sogar wechselseitig verstärkt. Letztlich kann damit auch der Verbrechen der beiden mächtigsten Diktaturen des 20. Jahrhunderts – der nationalsozialistischen und der stalinistischen – gedacht werden, ohne sie gegeneinander aufzurechnen.⁵² In der Literatur wird dieser Zusammenhang in dem von Imre Kertész verfassten, erstmals 1975 veröffentlichten „Roman eines Schicksallosen“ besonders deutlich.⁵³

Allerdings ist dieses Ziel nur langfristig zu erreichen, wie die Nationalisierung der Erinnerungskulturen in vielen Ländern Ost- und Südosteuropas in den letzten dreißig Jahren gezeigt hat. Der Angriffskrieg Russlands seit dem 24. Februar 2022 hat diese Entwicklung weiter gefördert, auch in der Ukraine, wo schon zuvor der Konflikt zwischen den Anhängern ethno-nationaler und sowjetnostalgischer Erinnerungsnarrative mit Unterstützung Russlands, seit der Annexion der Krim 2014 und mit den 2015 von der Regierung verabschiedeten Erinnerungsgesetzen

50 H. Uhl (2010): Culture, Politics, Palimpsest. Theses on Memory and Society. In: Pakier/Stráth (Hg.), *A European Memory?*, S. 79-86, bes. 80, 85

51 Zitat in M. Rothberg (2009): *Multidirectional Memory, Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization*, S. 11.

52 Vgl. auch Rothberg, M. (2009): *Multidirectional Memory and the Universalization of the Holocaust*. In: J. C. Alexander (Hg.), *Remembering the Holocaust. A Debate*, Oxford, S. 123-134; ders. (2011): *From Gaza to Warsaw: Mapping Multidirectional Memory*, in: *Criticism* 53, S. 523-548.

53 Imre Kertész (1975): *Roman eines Schicksallosen* [Sorstalanság]. Reinbek bei Hamburg.

eskaliert war.⁵⁴ Vor allem aber hat der von Putin angeordnete und zu verantwortende Überfall auf das westliche Nachbarland die russische Gedächtnispolitik ideologisch radikalisiert, die nun offen eingesetzt wird, um die „militärische Spezialoperation“ zu rechtfertigen. Ein dialogisches Erinnern ist angesichts des Angriffskrieges zumindest zwischen den beiden Ländern nicht abzusehen, zumal vor allem in der russischen Führung dafür die Bereitschaft fehlt. In der Ukraine hat der Krieg so hohe Opfer gefordert und Schäden hinterlassen, dass ein Austausch mit Russland über Erinnerungen der jüngsten Vergangenheit voraussichtlich lange unmöglich bleiben wird.

Zitierte und mehrfach erwähnte Literatur

- Altrichter, Helmut (Hg., 2006): *GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozess Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas*. München: Oldenbourg.
- Assmann, Aleida / Conrad, Sebastian (Hgg., 2010): *Memory in a Global Age. Discourses, Practices and Trajectories*. Houndsmills, Basingstoke (UK); New York: Palgrave Macmillan.
- Assmann, Wolfgang / Graf von Kalnein, Albrecht (Hgg.): *Erinnerung und Gesellschaft. Formen der Aufarbeitung von Diktaturen in Europa*. Berlin: Metropol.
- Bauerkämper, Arnd (2023): Putins Gedächtnispolitik als Waffe. Fälschungen und Verzerrungen der Geschichte im Krieg gegen die Ukraine. In: W. Benz (Hg.), *Die Ukraine. Kampf um Unabhängigkeit. Geschichte und Gegenwart*, Berlin, S. 379-396.
- Borodziej, Włodzimierz (2010): The Politics of History in Poland since 1989, in: *Journal of Modern European History*, 8, 2, S. 158-163.
- Brüggemann, Karsten / Tuchtenhagen, Ralph / Wilhelmi, Anja (Hgg., 2020): *Das Baltikum. Geschichte einer europäischen Region, Bd. 3: Die Staaten Estland, Lettland und Litauen*. Stuttgart: Anton Hiersemann.
- Brumlik, Micha / Sauerland, Karol (Hgg., 2010): *Umdeuten, verschweigen, erinnern. Die späte Aufarbeitung des Holocaust in Osteuropa*. Frankfurt am Main: Campus.
- Bubnys, Arūnas (2008): Der Zweite Weltkrieg im litauischen historischen Gedächtnis. In: Zdzisław Krasnodębski / Stefan Garsztecki / Rüdiger Ritter (Hgg.): *Last der Geschichte? Kollektive Identität und Geschichte in Ostmitteleuropa. Belarus, Polen, Litauen, Ukraine*. Hamburg: Dr. Kovac, S. 171-186.
- Cornelißen, Christoph (2020): *Europa im 20. Jahrhundert*, (Neue Fischer Weltgeschichte 7). Frankfurt/Main: S. Fischer.
- Flacke, Monika (Hg., 2004.): *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen*, 2 Bd.e. Berlin: Deutsches Historisches Museum.
- Gasimov, Zaur T. (2010): Russlands staatlicher Umgang mit der Stalinismus-Zeit, in: *Jahrbuch für Politik und Gesellschaft*, 1, S. 87-110.

54 G. Kasianov (2022): *Memory Crash. Politics of History in and around Ukraine, 1980s–2010s*. Budapest, bes. S. 213, 221, 229, 302, 347, 351, 385-386, 389-395.

- Golczewski, Frank (2002): Der *Jedwabne-Diskurs*. Bemerkungen im Anschluß an den Artikel von Bogdan Musiał⁴, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 50 (2002), S. 412-437.
- Hofmann, Birgit / Wezel, Katja et al (Hgg., 2010): *Diktaturüberwindung in Europa. Neue nationale und transnationale Perspektiven*. Heidelberg: Winter.
- Kissel Wolfgang St./ Liebert, Ulrike (Hgg.): *Perspektiven einer europäischen Erinnerungsgemeinschaft. Nationale Narrative und transnationale Dynamiken seit 1989*. Münster: LIT.
- Knigge, Volkhard (2010): Zur Zukunft der Erinnerung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 25-26, S. 10-16.
- Langenohl, Andreas (2005): Die Erinnerungsreflexion des Großen Vaterländischen Krieges in Russland zum fünfzigsten und sechzigsten Jahrestag des Sieges (1995 und 2005), in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*. Berlin: Aufbau Verlag, S. 68-80.
- Lebow, Richard Ned (2006): The Memory of Politics in Postwar Europe. In: Ders. / W. Kansteiner. / C. Fugo (Hgg.), *The Politics of Memory in Postwar Europe*. London: Duke University Press, S. 1-39.
- Maier, Charles S. (2001/2002): Heißes und kaltes Gedächtnis. Zur politischen Halbwertzeit des faschistischen und kommunistischen Gedächtnisses, in: *Transit. Europäische Revue*, 22, S. 153-165.
- Makhotina, Ekaterina (2011): Vergangenheitsdiskurse zur Sowjetzeit in Russland und Litauen. In: Assmann / von Kalnein (Hgg.), *Erinnerung und Gesellschaft*, S. 195-222.
- Niven, Bill (2006): Introduction: German Victimhood at the Turn of the Millennium. In: Ders. (Hg.): *Germans as Victims. Remembering the Past in Contemporary Germany*. Houndmills: Palgrave Macmillan, S. 1-25.
- Pakier, Małgorzata / Sträth, Bo (Hgg., 2010): *A European Memory? Contested Histories and Politics of Remembrance*. New York, Oxford: Berghahn.
- Peters, Florian (2016): *Revolution der Erinnerung. Der Zweite Weltkrieg in der Geschichtskultur des spätsozialistischen Polen*. Berlin: Chr. Links.
- Pethes, Nicolas / Ruchatz Jens (Hgg., 2001): *Gedächtnis und Erinnerung. Ein interdisziplinäres Lexikon*. Reinbek: Rowohlt.
- Polianski, Igor, (2009): Eisbrecher der Geschichte. „Heiße“, „kalte“ und „warme“ Erinnerung in der postsowjetischen Geschichtskultur. In: Lars Karl/Ders. (Hgg.), *Geschichtspolitik und Erinnerungskultur im neuen Russland. Formen der Erinnerung*. Göttingen: V&R, S. 65-84.
- Rees, Arfon (2010): Managing the History of the Past in the Former Communist States. In: Pakier/Sträth (Hgg.), *A European Memory?*, S. 219-232.
- Richter, Klaus (2007): Der Holocaust in der litauischen Historiographie seit 1991. *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 56 (3), 389-415
- Rothberg, Michael (2009): *Multidirectional Memory, Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization*. Stanford: StUP.
- Sabrow, Martin / Jessen, Ralph / Große Kracht, Klaus (Hgg., 2003): *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Grosse Kontroversen seit 1945*. München: Beck.
- Scherbakowa, Irina (2010): Ein glorifizierter Sieg. Der Zweite Weltkrieg im russischen Gedächtnis. In: Dies.; *Zerrissene Erinnerung. Der Umgang mit Stalinismus und Zweitem Weltkrieg im heutigen Russland*. Göttingen: Wallstein.